

Schmallenberg, 08. November 2021

Herrn Bürgermeister
Burkhard König
Rathaus
57392 Schmallenberg

Betr.: **Einrichtung einer Stabsstelle Klimaschutz-/anpassung, Nachhaltigkeit**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
die Fraktion der GRÜNEN beantragt zum nächstmöglichen Termin die Einrichtung einer Stabsstelle im Personalhaushalt mit der Schwerpunktaufgabe des örtlichen Klimaschutzes, nötiger Maßnahmen zur Klimaanpassung und Nachhaltigkeit.

Begründung:

Die Fraktion der GRÜNEN begrüßt die zwischenzeitliche Einschätzung des Bürgermeisters, dass es sich auf den Gebieten von Klimaschutz und Klimawandel um **enorme Herausforderungen** handelt.

Diese Herausforderungen auf vielen Sektoren müssen folgerichtig umgehend als **Querschnittsaufgabe**, also abteilungsübergreifend bewältigt werden. Das bedeutet: zentrale Koordinierungs- und Steuerungsaufgaben, effizientes Projektmanagement, pragmatisches Monitoring und sowohl interne als auch externe Kommunikation.

Die Stabsstelle kann sich bei der **Strategieentwicklung** einbringen, nicht nur in der Stadtverwaltung, sondern auch bei Unternehmen und Institutionen, die den Klimaschutz als wesentliches Element des künftigen Erfolgs erkennen bzw. schon erkannt haben.

Viele **Arbeitsplätze** sind ansonsten gefährdet. Zulieferer z.B. sollten sich darauf einstellen, dass ihre Produkte demnächst einen CO₂-Nachweis enthalten müssen, um die Auflagen für das Endprodukt zu erfüllen (z.B. Automotive). Neben der Qualität künftig ein wichtiges Kriterium bei Auftragsvergaben. Zudem wird die **steigende CO₂-Bepreisung** eine immer wichtigere Rolle spielen.

Es ist erkennbar, dass bereits auf verschiedenen politischen Ebenen entsprechende **Erwartungen und Vorgaben** mit finanziellen Förderangeboten an Kommunen bestehen bzw. in Kürze entwickelt werden. Diese sind in der Verwaltung umzusetzen.

Am angedachten Erarbeitungsprozess eines evtl. **kreisweiten Konzeptes** bis 2023 darf sich die Stadt nicht nur finanziell beteiligen, sondern muss dabei **Mitverantwortung** tragen, indem die örtlichen Bedingungen einzubeziehen sind (z.B. Maßnahmen/Klimaanpassung).

Unabhängig davon müssen die Herausforderungen vor Ort mit den nötigen Umsetzungsprozessen umgehend angegangen werden, nicht erst nach 2023!

Aus den in Kürze erscheinenden „*Leitlinien einer nachhaltigen Entwicklung für den Regierungsbezirk Arnsberg*“ werden Nachhaltigkeitsstrategien bis hin zur kommunalen Ebene beschrieben. PV-Anlagen auf Dächern war der erste Schritt.

Für die notwendigen Maßnahmen vor Ort stehen auf Landes- Bundes- und EU-Ebene zahlreiche, aber **unübersichtliche finanzielle Fördermöglichkeiten** zur Verfügung. Allein die Aufspürung und Beantragung dieser Förderungen und Unterstützungen stellt eine umfangreiche, aber lohnenswerte Aufgabe für die Stadt dar.

Kommunikation ist schließlich unerlässlich, um notwendige Maßnahmen und Möglichkeiten öffentlich nachvollziehbar zu erläutern. Als Beispiel sei hier auf den Bedarf notwendiger **Beratungsangebote** für Bürgerinnen und Bürger hingewiesen. Unsere kürzlich angebotene Informationsveranstaltung zur Installation von PV-Anlagen, die wir in Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer-Institut als Online-Webinar organisiert haben, wurde von über 50 Gästen besucht.